

An die
ÖROK-Geschäftsstelle
per email:
stellungnahme@stratat2020.at

Abteilung für Finanz- und Handelspolitik
Wiedner Hauptstr. 63 | Postfach A-1045
Wien
T +43 (0) 5 90 900DW | F + 43 (0) 5 90 90013739
E Erich.Kuehnelt@wko.at
W <http://wko.at>

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
	FHP/Mag. Erich Kühnelt	3739	05.09.2012

STRAT.AT 2020: ExpertInnen-Papier / Stellungnahmeverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die WKÖ erlaubt sich zu dem Expertenpapier wie folgt Stellung zu nehmen:

Wir begrüßen das „ExpertInnen-Papier“ als guten Ausgangspunkt für die Strategiediskussion, bedauern aber auch, dass darin keine ersten Überlegungen der Steuerungsgruppe bzw. Projektgruppe für die Strategie enthalten sind, die bereits im Konsultationsprozess von den Stakeholdern bewertet und diskutiert werden können.

Weiters halten wir eine stärkere Einbindung der Sozialpartner in den Strategieprozess für sinnvoll, wie dies auch bei der Erstellung des geltenden STRAT.AT-Dokuments (2007-2013) praktiziert wurde (Einbindung der Stakeholder in themenbezogene Workshops; Möglichkeit der Stellungnahme zu Teilentwürfen; siehe auch positive Erwähnung des STRAT.AT-Prozesses im Commission Staff Working Document „The partnership principle in the implementation of the Common Strategic Framework Funds - elements for a European Code of Conduct on Partnership“ vom 24.4.2012). Wir begrüßen aber das Instrument der Fokusgruppen und hoffen auf eine entsprechende Transparenz der Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen, und erwarten eine Einbindung der WKÖ, zumindest in den Fokusgruppen, die sich mit wirtschaftsrelevanten Fragestellungen beschäftigen.

Anmerkungen zu einzelnen Passagen des Berichts:

Seite 13, unten:

Im Hinblick auf die erwähnten neuen Förderinstrumente könnte eine Klammer hinzugefügt werden :“(inklusive Finanzinstrumente)“, da in der nächsten Förderperiode Finanzinstrumente stärker eingesetzt werden sollten (zu überlegen wäre z.B. die Dotierung eines österreichischen

Risikokapitalfonds, der *smart specialization*-Strategien unterstützen könnte; oder Schaffung eines Mikrokreditprogramms).

Zu Seite 16 merken wir an, dass ein „Verhaltenskodex“ die Teilnahme der Partner an der Erarbeitung der Partnerschaftsvereinbarung näher regeln könnte, wie von der Kommission vorgeschlagen (dazu gibt es unterschiedliche Positionierungen von Rat, Parlament/REGI-Ausschuss und Kommission), dass sich somit die Rahmenbedingungen für die Involvierung der Partner bei der Erstellung der Partnerschaftsvereinbarung noch ändern könnten.

Seiten 27 ff (FTEI-Politik)

In dem Kapitel sollte auch das Thema *Key Enabling Technologies* erwähnt werden. Dazu gibt es bereits einige Vorarbeiten der Kommission. Diese Technologien sind auch im Kommissions-Entwurf der EFRE-VO erwähnt.

Seite 29

Ein weiteres strukturelles Defizit ist der mangelnde Zugang zu Risikokapital, da die Banken bei hochinnovativen Projekten oft keine Finanzierung zur Verfügung stellen (Länder mit einer ausgeprägten Risikokapitalkultur sind z.B. den USA und Großbritannien). Als weiteres Ziel sollte der Übergang von F&E zur Innovation gestärkt werden.

Seite 32

Ein Verweis auf das Thema *smart specialization* fehlt (siehe z.B. Mitteilung der Kommission: Leitinitiative der Strategie Europa 2020 - Innovationsunion vom 6.10.2010).

Im vorletzten Absatz wird darauf verwiesen, dass die Konsultation mit den Sozialpartnern nicht umgesetzt wurde, es wird aber verschwiegen, dass die Kommission laut dem zitierten Bericht dieses Versäumnis nachholen möchte.

Seiten 39 ff (2.3.4. Energiepolitik)

Im Kapitel Energiepolitik dominiert das Thema Klimawandel. Maßnahmen, die eine sichere und langfristig verfügbare Energieversorgung betreffen, wird aber zu wenig Raum eingeräumt. Die Energiestrategie wird erwähnt, doch der unrichtige Eindruck vermittelt, die Umsetzung der Energiestrategie erfolge durch den „Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien“. Folgende Elemente sollten ergänzt werden:

- sichere Energieversorgung
- intelligente Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien (mit dem Nebenziel den technologischen Wandel der Sozial- und Wirtschaftssysteme zu unterstützen, sowie Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu generieren)
- Smart grids bzw. Integration der erneuerbaren Energieerzeugung mit den Energienetzen und dem Verbrauch (die Evolution des Energiesystems benötigt eine Evolution der Energienetze, u.a. smart grids, und des Umgangs mit Energie - Verhaltensänderung über Bewusstseinsbildung oder Automatisierungstechnik).
- effiziente und marktkonforme Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz setzen.

Seite 47

Wasserversorgung: Wasserknappheit, v.a. im Süden: Auf welche Erkenntnisse bezieht sich der erste Teil des Absatzes? Im Vergleich zu anderen Regionen der EU handelt es sich nicht um klassische Wasserknappheiten (zB signifikante Versorgungsengpässe betr. die Bevölkerung etc.) In Expertenpapieren, die Entscheidungsprozesse beeinflussen sollen, sollte die Situation nicht überdramatisiert werden.

Seite 50

Statt PM2 wäre PM2,5 korrekt.

Erwägungsgründe für die Auswahl thematischer Ziele und Prioritäten

Seite 79

Die Überschrift „Flexibilität im Restbereich der 20 % erhalten“ samt zugehörigem Absatz steht im Widerspruch zur Forderung nach Sichtbarkeit des Mitteleinsatzes (auf derselben Seite), wenn nämlich mit den 20 % der Mittel verschiedene andere Themen und Projekte gefördert werden sollen, die nicht von der thematischen Konzentration erfasst sind.

Im Sinne der Sichtbarkeit und Wirksamkeit des Mitteleinsatzes macht es in kleineren EU-Mitgliedstaaten, wie Österreich, durchaus Sinn, 100 % der Mittel für die thematisch relevanten Ziele (im Sinne der thematischen Konzentration im EFRE Innovation, KMU, CO2-Reduktion) bereitzustellen.

Die auf Seite 81 beschriebene Priorisierung (drei Kernthemen FTEI, KMU, CO2-Reduktion in der Wirtschaft) wird von uns begrüßt.

Auf der Seite 82 unter „Beitrag IWB/EFRE zur Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation (Thematisches Ziel 1)“ wird die Förderung von Kleinprojekten im Rahmen der GSR-Fonds kritisch gesehen (bspw. InnovationsassistentInnen, kleine FTI-Kooperationsprojekte), da hier die Relation zwischen Fördersumme und Abwicklungsaufwand als ungünstig gesehen wird. Dies sollte unserer Ansicht nach nicht als allgemeingültige Aussage verstanden werden, sondern muss sicherlich etwas differenzierter gesehen werden, da diese Förderschienen insbesondere für Klein- und Kleinstunternehmen zumindest nach unseren Erfahrungswerten durchaus Sinn machen können und auch entsprechend genutzt werden. Eher sollten alle Möglichkeiten der Vereinfachung der Verfahren bei Kleinprojekten genutzt werden, und gerade in diesem Bereich „golden plating“, z.B. in den Verwaltungs- und Kontrollsystemen, vermieden werden.

Positiv ist der letzte Absatz auf der Seite 82, der davon ausgeht, dass „die Fördermöglichkeit innovativer Tourismusvorhaben (Investiv- und Softmaßnahmen) angesichts der strategischen Bedeutung des Sektors weiter ermöglicht werden solle“. Dies ist gerade für die stark durch Tourismus geprägten Bundesländer von enormer Bedeutung und wird daher befürwortet.

Auch die auf **Seite 83** enthaltenen den Tourismus betreffenden Maßnahmen werden von uns unterstützt und sollten jedenfalls beibehalten werden.

Hinsichtlich des ebenfalls auf Seite 83 (Mitte) angeführten thematischen Zieles betreffend Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMUs in den unterschiedlichen Phasen der Unternehmensentwicklung sollte bzw. könnte ergänzend als konkretes Ziel die Unterstützung und Förderung von Unternehmen in der Krise bzw. von Unternehmen, die mit wirtschaftlichen/ finanziellen Problemen zu kämpfen haben, aufgenommen werden. Dies deshalb, da sich gerade in den letzten Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt hat, dass Unternehmen in schwierigen Zeiten entsprechender Fördermaßnahmen zur Sanierung (Beratungsförderung, Überbrückungsfinanzierung etc.) bedürfen.

Im letzten Absatz auf Seite 83 ist erneut die Meinung einiger Verwaltungsbehörden enthalten, dass „kleine Förderungsprojekte wie beispielsweise Jungunternehmerförderung und Beratungsprojekte aus Gründen der Verwaltungsökonomie kritisch beurteilt werden.“ Das mag zwar in einzelnen Fällen berechtigt sein, sollte aber unserer Ansicht nach nicht die grundsätzliche Linie des Expertenpapiers darstellen, wie bereits weiter oben ausgeführt.

Die auf **Seite 88** wiedergegebene Sicht des BMASK, im Bereich der Beschäftigung gebe es einen Paradigmenwechsel der Europäischen Kommission - Anpassungsfähigkeit und unternehmensnahe Maßnahmen stünden nicht mehr im Vordergrund beim ESF - ist nicht korrekt. Unternehmensnahe Instrumente stehen weiterhin auch in der neuen Periode genauso im Mittelpunkt der Interventionen des ESF wie bisher (siehe auch Zieldefinition des ESF in Art 162 AEUV).

Seite 89 ff (ETZ)

Zur Verstärkung der Wirksamkeit des IWB/EFRE-Programmes erscheint es als sinnvoll, dass die ETZ-Programme ähnliche thematische Prioritäten setzen, somit F&E und Innovation, KMU, sowie CO₂-Reduktion. Beispielsweise könnte bei einzelnen regionalen Strategien der intelligenten Spezialisierung eine grenzüberschreitende Kooperation sinnvoll sein. Auch die in der EFRE-Verordnung vorgesehene Unterstützung von KMU bei Internationalisierungsprojekten könnte durch eine entsprechende Priorität in ETZ-Programmen sinnvoll ergänzt werden.

Seiten 96, 97 (Horizontale Prinzipien)

Zur Umsetzung dieser Prinzipien (Gleichstellung, Nachhaltigkeit) wären pragmatische Lösungen zu finden, damit diese nicht zu einer erhöhten Förderbürokratie für die Empfänger führen.

Zu LEADER- und CLLD-Projekten (**Seite 104**) wären auch die aktuellen Empfehlungen des Rechnungshofes zu berücksichtigen (Rechnungshof-Bericht zu LEADER 2007 - 2013).

KMU sind sehr stark regional bzw. lokal verankert, aus unserer Sicht ist somit das thematische Ziel KMU auch eine „Investitionspriorität mit stärkerem territorialen Bezug“ sein (**Seite 105**).

Bei der Investitionspriorität zur sozialen Eingliederung und Bekämpfung von Armut bzw dem Hinweis auf die territoriale Dimension der Armutsbekämpfung und Eingliederung marginalisierter Bevölkerungsgruppen (**Seite 106**) wäre beim Verweis auf den EFRE jedenfalls auch die Förderung

von KMU zu erwähnen, denn Unternehmen sichern und schaffen Arbeitsplätze (der erwähnte Ausbau von sozialen Infrastrukturen ist nicht EFRE-Priorität im Sinne der thematischen Konzentration). Der ESF kann Unternehmensgründungen von Angehörigen armutsgefährdeter bzw. marginalisierter Bevölkerungsgruppen fördern, was ebenfalls erwähnt werden sollte.

Neben den genannten Investitionsprioritäten für die integrierte nachhaltige Stadtentwicklung können auch die KMU- und F&E&I-relevanten Investitionsprioritäten positive Impulse in den Städten setzen.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Dr. Ralf Kronberger
Abteilungsleiter